



PRESSE INFO

Volkshochschulen in NRW befürchten weitere Demontage des Integrationskurses

Stand 22.04.2026

Die Volkshochschulen in NRW befürchten weitere Beschneidungen des Integrationskurses seitens der Bundesregierung. Diesen Schluss legen Vorschläge nahe, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in seiner Bewertungskommission vorgestellt hat. Nachdem Asylbewerber, Geduldete, Unionsbürger*innen und Menschen aus der Ukraine seit November 2025 keine Zulassung mehr erhalten, zeichnet sich nun zusätzlich ein gravierender Qualitätsverlust ab. Der vhs-Landesverband appelliert an die Integrationsminister*innen der Länder, die in dieser Woche zu ihrer Konferenz in Essen zusammenkommen, sich mit Nachdruck gegen den Zulassungsstopp und weitere Beschneidungen und für ein bedarfsgerechtes Integrationskurssystem einzusetzen.

WELCHE WEITEREN VERÄNDERUNGEN SIND IM GESPRÄCH?

- **Zielniveau des Integrationskurses von B1 auf A2 senken.**
(Der selbstständige Gebrauch der deutschen Sprache – essenziell für den Einstieg in den qualifizierten Arbeitsmarkt – würde damit als Lernziel aufgegeben.)
- **Selbstgesteuertes Online-Lernen verpflichtend einführen, um so einen Teil des Präsenzunterrichts im Integrationskurs (aktuell 600 Unterrichtsstunden) zu ersetzen.**
(Erfahrungsgemäß kann Online-Lernen den Präsenzunterricht zwar sehr gut ergänzen. Autark und ohne Lernbegleitung verlieren jedoch viele Teilnehmende den Anschluss.)
- **Den Umfang des Alphabetisierungskurses deutlich verringern. Einführung eines „alternativen Alphabetisierungskurses“, in dem es nicht um schriftsprachliche Kompetenzen geht, sondern um grundständige mündliche Sprachkenntnisse.**
- **Den Orientierungskurs – eine Einführung in das deutsche Gesellschafts- und Rechtssystem im Umfang von 100 Unterrichtsstunden – streichen und die Lerninhalte in den Sprachkurs eingliedern.**

Die Pläne wurden bereits mehrfach in der Bewertungskommission des BAMF behandelt. Aufgabe des Gremiums ist es, die Entwicklung der Integrationskurse qualitativ zu begleiten. Zu den aktuell 27 Mitgliedern gehören Expert*innen aus der Praxis, Vertreter*innen der Wissenschaft, der Bundesländer und der kommunalen Spitzenverbände.

STATEMENT DES VHS-LANDESVERBANDS

„Der Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen kritisiert den Zulassungsstopp und die bekannt gewordenen weiteren Pläne zur Einschränkung der Integrationskurse. Der Bund schwächt damit massiv die bewährten Integrationsstrukturen und gibt Verantwortung für den Integrationserfolg vor allem an die kommunale Ebene ab. Die Einschränkungen bei den Integrationskursen passen in keiner Weise zur gleichzeitigen Offensive zur Gewinnung von Fachkräften.



Wir sagen: Alle Zugewanderten, die dauerhaft oder auf unabsehbare Zeit in Deutschland leben, sollen systematisch Deutsch lernen dürfen und die Unterstützung erhalten, die sie dafür brauchen. Denn die Sprache ist der Schlüssel, um das eigene Potenzial zu entfalten und sich als Teil der Gesellschaft zu erleben und einzubringen. Seit 20 Jahren engagieren sich die Volkshochschulen als größter Anbieter in diesem Bereich. Der Integrationskurs hat unzählige Erfolgsgeschichten hervorgebracht, die belegen, wie sehr sich diese Investitionen lohnt. Im Interesse der Zugewanderten und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unseren Städten und Gemeinden, aber aber auch und gerade im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands fordern wir die Aufhebung des Zulassungsstopps und eine Abkehr von allen Überlegungen, die den Integrationskurs weiter schwächen.“

Klaus Hebborn, Präsident des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW

STIMMEN AUS DER WISSENSCHAFT

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Feld Deutsch als Fremd- und Zweitsprache und benachbarter Disziplinen haben sich mit einem dringenden Appell die Bundesregierung gewandt. In einem offenen Brief weisen sie auf die „fatalen Konsequenzen der Beschränkungen beim Zugang zu Integrationskursen“ hin und fordern eine Rücknahme der Einschränkungen und den Erhalt des etablierten und bewährten Integrationskurssystems.

Mit Verweis auf wissenschaftliche Untersuchungen belegen die Unterzeichner*innen des Briefs die nachweislich positiven Wirkungen der Integrationskursteilnahme auf gesellschaftliche Teilhabe und Arbeitsmarktintegration. Gleichzeitig warnen die Wissenschaftler*innen davor, die Qualitätsstandards im Integrationskurssystem zu reduzieren. Die Annahme, dass Erstorientierungskurse die Teilnahme an einem vollwertigen Integrationskurs ersetzen könne, sei nicht zielführend.

In der Zusammenfassung heißt es: *„Es ist paradox, dass die Bundesregierung einerseits hohe Summen für die internationale Fachkräfteanwerbung ausgibt, andererseits aber das Potenzial der Menschen, die bereits hier sind, durch den Entzug von Sprachförderung leichtfertig vergibt. Wir beobachten mit großer Sorge, dass das vor zwei Jahrzehnten unter dem Motto „Sprache als Schlüssel“ ins Leben gerufene Prinzip des „Förderns und Forderns“ zunehmend zu einem Fordern ohne Fördern erodiert.“*

[Der Brief im Wortlaut ist hier abrufbar.](#)

ANSPRECHPERSONEN BEIM LANDESVERBAND:

Celia Sokolowsky
Vorstandsvorsitzende
0211 542141-11
sokolowsky@vhs-nrw.de

Simone Kaucher
Referat Presse/Öffentlichkeitsarbeit
0211 542141-16
kaucher@vhs-nrw.de